

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Helfende Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,75 Mk. ohne Zust. tragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstand-Strohente Nr. 3. — Postkchtkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die festgesetzte Preisklasse 50 Pfg. außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pfg. im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pfg. — Einzelanfertigung und Reklamen 200 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 174

Donnerstag den 28. Juli 1921

87. Jahrgang

Verteilung von amerikanischem Weizenmehl.

An die Bezugsberechtigten des Bezirks wird demnächst auf den Kopf $\frac{1}{4}$ Pfd. amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 2,85 Mk. ausbezogen.

Die Ausgabe erfolgt auf Abschnitt Y 7 der roten und grünen und Q 7 der orangefarbenen Rähmiltelkarte bez. Befehlsmäßigkeit der Ortsbehörde.

Anspruch haben nur diejenigen Personen, die bis 3. 7. 21. gemeldet waren. Verkaufstage bestimmen die Ortsbehörden.

396 b Br. Der Kommunalverband Dippoldiswalde, am 25. Juli 1921.

Die Regierung ohne Mehrheit

Ueber Nacht ist die sächsische Regierung in eine außerordentlich schwierige Lage geraten, die, wenn man sie unter dem Gesichtswinkel des parlamentarischen Systems betrachtet, unbedingt zum Rücktritt der Regierung führen müßte. Wie schon gemeldet, begannen am Montag die Beratungen des Sonderausschusses über die Grundsteuer und über die Gewerbesteuer. Nachdem es anfangs schien, als ob sich die Bürgerlichen und die Sozialisten zu einem Kompromiß zusammenfinden würden, kam es am Dienstag zur glatten Ablehnung sowohl der Grundsteuer, als auch der Gewerbesteuerentwurfes, und zwar dadurch, daß die Kommunisten mit den Bürgerlichen gegen die Vorlagen stimmten und nur die Sozialdemokraten und die Unabhängigen der Regierung Gefolgschaft leisteten.

Es besteht fast gar keine Aussicht, daß sich die durch die Ablehnung im Ausschuß für die Regierung entstehende schwierige Situation bis zu der für Freitag angeetzten Plenarberatung des Landtages noch bessern könnte. Jedenfalls werden am Freitag im Landtage die Dinge sich so gestalten, daß bei der Abstimmung über die beiden Regierungsvorlagen die Kommunisten aus der Reihe der Regierungsparteien ausschwenken und die Regierung im Stiche lassen. Es wird sich also dann nicht um eine Niederlage der Regierung handeln, wie sie schon sehr häufig im Landtage durch eine bürgerliche Zufallsmehrheit herbeigeführt wurde, sondern um eine Niederlage infolge einer erheblichen Verringerung der Regierungsbasis — ein Vorgang, der in einem parlamentarisch regierten Lande den Rücktritt der Regierung zur Folge haben müßte, wenn es sich nicht um eine ausgesprochene Kleberegierung handelt.

Finanzminister Heldt hat wiederholt und auch noch kurz vor der Ablehnung in bündigster Form erklärt, daß die Regierung auf diese Steuern nicht verzichten könne. Die Schwierigkeiten, die sich für die Regierung aus der Ablehnung dieser beiden Steuern ergeben, werden sich bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 1921 sehr stark geltend machen.

Die schwierige Lage, in die die Regierung durch die Ablehnung der beiden Steuerentwürfe gerät, ergibt sich daraus, daß der Ertrag der beiden Steuern von der Regierung selbst auf 270 Millionen Mark veranschlagt worden war und daß der Ausfall dieser Summe selbstverständlich den Wirtschaftsplan der Regierung stark erschüttert. Wäher war es die Aussicht auf die Erträge der Grund- und Gewerbesteuer, die die Geldgeber des Staates noch zu Krediten veranlaßten. Wenn nun die Aussicht auf diese Steuererträge nicht mehr vorhanden ist, wird auch bei den Geldgebern die Neigung zu weiterer Kreditgewährung nicht mehr vorhanden und infolgedessen für das Finanzministerium die Beschaffung der Deckungsmittel für das Defizit im Staatshaushaltsplane sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht sein.

Es wirft sich nun die Frage auf: Wie konnte die Regierung diesen Schwierigkeiten aus dem Wege gehen? Das wäre möglich gewesen, wenn sich der Finanzminister bzw. die Regierung über den von bürgerlicher Seite bei den Ausschüßberatungen gestellten Milderungsanträgen gegenüber nicht so ohne weiteres abhaltend verhalten hätten. Aber für die Regierung handelte es sich darum, die Grundsteuer sowohl wie die Gewerbesteuer so zu gestalten, daß sie rein sozialistischen Parteiforderungen entsprechen. Wie bürgerliche Landtagsabgeordnete versicherten, konnte man sich nach dem vom Finanzminister Heldt eingenommenen Standpunkt und nach seinen letzten Erklärungen des Eindruckes nicht erwehren, als ob ein Teil der Regierungsmitglieder die Ablehnung der beiden Vorlagen geradezu provozieren und so eine Gelegenheit schaffen wollten, aus der ewigen Misere herauszukommen, in der sich die gegenwärtige Regierung infolge der Schwächen, bekanntlich nur auf 2 Stimmen beruhenden Mehrheit und der Unzuverlässigkeit der einen Regierungspartei, der Kommunisten, beständig befindet. Jedenfalls wurde unter dem Eindruck der Ablehnung der beiden Regierungsvorlagen nicht nur von bürgerlichen, sondern auch von sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten unumwunden der Meinung Ausdruck gegeben, daß man nunmehr doch sehr bald werde mit dem Rücktritt der Regierung und mit Neuwahlen für den sächsischen Landtag rechnen müssen.

Sachsen und die Getreidemlage.

Nach dem vom Reichstag beschlossenen Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide sind im neuen Erntejahr im ganzen Reiche 2,5 Millionen Tonnen Getreide (Brotgetreide, Gerste und Hafer) durch Umlage aufzubringen. Einem rohen Durchschnitt zufolge träfen demnach auf jeden Hektar 2,5 Doppelzentner Getreide. Die wirkliche Umlage auf die Länder nimmt aber nicht die Fläche zur Grundlage, sondern geht von der Ertragsfähigkeit des Bodens aus. Die Umlage haben die Länder deshalb nach dem Anteil aufzubringen, mit dem sie an dem Ernteertrag im Durchschnitt der Jahre 1906—1920 beteiligt sind. Dadurch kommt Sachsen, das nach Schaumburg-Lippe und Braunschweig im ganzen Reiche die höchsten Durchschnittserträge (20,4 Doppelzentner) aufzuweisen hat (Preußen nur 17,8, Bayern 16,0, Württemberg 14,1 Doppelzentner), ziemlich schlecht weg. Für Sachsen wirkt weiterhin die Art und Weise, wie die Umlage verfeinert worden ist, recht ungünstig. Um nämlich den Unterschieden in der Leistungsfähigkeit, die sich aus Kleinbesitz und Deputatleistungen ergeben, Rechnung zu tragen, wird nach dem Gesetz das Gesamtaufbringungsoll (2,5 Mill. Tonnen) vom Reiche für jeden Selbstversorger noch um den Betrag von 144 Kilogramm und um die die gegenwärtigen Selbstversorgerrationen übersteigenden Deputatleistungen erhöht. Den einzelnen Ländern wird wieder je nach der Zahl ihrer Selbstversorger und den geleisteten Deputaten der entsprechende Betrag von ihrem Umlagesoll abgezogen. Länder, die wenig Selbstversorger und Deputatberechtigigte haben, kommen dadurch in Nachteil gegenüber Ländern mit viel Selbstversorgern und Deputatberechtigigten, insbesondere Sachsen, wo durchschnittlich nur jeder 12. Mann Selbstversorger ist, während z. B. in Bayern jeder 3. Mann. Um bei der Intensität seiner Landwirtschaft Sachsen nicht so ungünstig in der Umlage zu stellen, hatte Sachsen mit Erfolg im Reichsrat den Standpunkt vertreten, daß höchstens der Selbstversorgerbedarf, und zwar nur mit 88 Kilogramm pro Kopf, bei der Umlage berücksichtigt werden sollte, daß aber von jeder weiteren Verfeinerung der Umlage abgesehen werden sollte. Der Reichsrat hat diesem Antrage zugestimmt. Leider hat aber der Reichsrat nicht nur die Deputatleistungen neu eingestellt, sondern auch noch die Selbstversorgerration auf 144 Kilogramm erhöht.

Die Folge von all dem ist, daß, während die Durchschnittsleistung im Reiche 2,5 Doppelzentner auf den Hektar beträgt, Sachsen 3,86 Doppelzentner pro Hektar abzuliefern hat. Die Unterverteilung in Sachsen selbst kann gleichfalls nur nach den Grundflächen erfolgen, wie sie das Reich für die Länder anwendet. Die Umlage ist also nicht nach der Anbaufläche auf die Kommunalverbände zu verteilen, sondern nach dem Anteil der Kommunalverbände an den Durchschnittsernteertrag Sachsens in den Jahren 1906—1920. Bei diesem Umlageverfahren sind die besonderen Verhältnisse eines jeden Kommunalverbandes am besten berücksichtigt. Kommunalverbände in guter Bodenlage werden daher über den Landesdurchschnitt (3,82 Doppelzentner) kommen, während andere mit schlechter Bodenbeschaffenheit weniger abzuliefern haben werden. Eine entsprechende Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse wird bei der weiteren Umlage auf die Gemeinden und einzelnen Erzeuger stattfinden.

Vertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Der Platz will kaum zureichen in diesem Jahre, für die Schausteller, Verkäufer usw. zum Vogel-schießen nämlich. Heute erfolgt die Vergebung der Plätze, und der Herr Platzmeister der Schützen-Gesellschaft hat keine leichte Aufgabe. Einmal will jeder Angemeldete überhaupt einen Platz haben — und ihre Zahl ist tatsächlich sehr groß —, dann aber will auch jeder einen guten Platz haben; na, dann gibts aber nur gute Plätze. Ein Panorama beansprucht 20 m, eine Rutschbahn 30 m, ferner kommt als Stammgast Karussell-Michael, außerdem aber eine Art-nale, eine Tunnelbahn, ein Kettenflieger (neu) usw., dazu alle die schon bekannten und noch unbekannteren Rad-, Fisch-, Pflasterkuchen-, Würstel-, Zigarren-, Spielwaren- usw. -Buden und -Stände und wer weiß was noch. Also auch in dieser Hinsicht steht ein richtiges Vogelschießen in Aussicht. Und nun: Tu Geld in den Beutel! — Am Montag wird bekanntlich der Schützen-Auszug

eine historische Gruppe „Obersachsen muß deutsch bleiben“ mitführen. Mit diesem Festzug ist aber gleichzeitig auch ein großzügiges Unternehmen für das Obersächsische Hilfswerk geplant. So soll u. a. auch eine Tombola stattfinden, deren Ertrag voll und ganz diesem Zweck zutommen wird. Zum Sammeln von Gaben hierfür werden ab Donnerstag Mitglieder der Schützen-Gesellschaft bei der Bürgerchaft vortreten (siehe Inserat) und hoffen dabei, nicht umsonst zu kommen. Man darf wohl in der Erwartung nicht fehlgehen, daß diese Tombola recht reich ausgestattet sein wird.

Der Buchbinder Robert Rudolf Emil Reif, geboren 1894 zu Dresden, wiederholt vorbestraft, unterföhlug eine Kiste mit Kleidungsstücken und verkaufte den Inhalt zum eigenen Nutzen. Weiter entwendete Reif in Dippoldiswalde Mitte Mai aus einer Wohnung eine Uhr und Ende gleichen Monats in der Herberge zu Reifsen eine Hofe; im letzteren Falle ließ er aber seine eigene schlechte Hofe zurück. Die 7. Ferienstrafkammer des Landgerichts Dresden verurteilte Reif zu 9 Monaten Gefängnis.

Die Kartoffelernte in Gefahr. Von maßgebender landwirtschaftlicher Seite wird geschrieben: In West- und Norddeutschland herrscht bereits seit Monaten eine ungewöhnliche Trockenheit. Sie beginnt sich jetzt auch in Sachsen bemerkbar zu machen. Auf den leichten Böden fangen die Kartoffeln an, unzufallen und abzustehen, obwohl die Knollenbildung sich noch im ersten Stadium der Entwicklung befindet. Wenn nicht bald Regen fällt, müssen wir mit einem erheblichen Ausfall bei der Kartoffelernte rechnen, der um so empfindlicher sein wird, als wir sowieso eine größere Anzahl Felder mit schlechten Beständen aufzuweisen haben.

Die 3. Klasse der 179. Sächsischen Landeslosterie wird am 10. und 11. August 1921 gezogen. Die Erneuerung der Lose ist vor Ablauf des 1. August 1921 zu bewirken.

12 Gebote vor der Abreise. 1. Unterföhlen, ob alle Schlöffer der Wohnung in Ordnung sind. 2. Eingangstür mit Eisenstäben versehen, weil Versicherungsanstalten im Einbruchsfalle sonst nichts bezahlen. 3. Langwierige Reparaturen wie Hutumformen, Pelzherrichten zum Reparieren geben. 4. Was für den Herbst gefärbt werden soll, zum Färben geben. 5. Spigenvorhänge, die nicht zu Hause gereinigt werden, zum Putzen geben. 7. Mottenschuß ins Klavier geben und nachschauen, ob alle Kästen und Laden mottensicher sind. 8. Ein offenes Gefäß mit Wasser in jedem Zimmer als Mottenschuß aufstellen. 9. Fußböden feucht aufwischen. 10. Wasserhähne, namentlich im Badezimmer, fest zudrehen, Gasmesser abdrehen, nachschauen, ob keine elektrische Flamme brennt. 11. Anmeldefcheine bei der Brotkommission holen. 12. Briefträger die Landadresse geben.

Schmiedeberg. Die Bahnbauten im hiesigen Ort und damit zusammenhängend die Arbeiten an der Verlegung der Strecke Obercarsdorf-Buschmühle machen tüchtige Fortschritte. Hier wachsen die Mauern für das künftige Bahngelände empor, dort werden Erdmassen bewegt zum zukünftigen Bahnkörper. Sobald die Brücke über die Sabisdorfer Straße angeliefert und montiert ist (die beauftragte Firma wird in nächster Zeit liefern), wird es auch möglich sein, die jenseits lagernden bez. abzutreibenden Erdmassen weiter aufwärts zu bringen, wo sie benötigt werden. Für die nächsten Wochen ist auch der Zuschlag für den Bau der Pöbelalbahn bis Wahlsmühle an eine der konkurrierenden Firmen zu erwarten und dürfte dann wohl bald auch mit deren Bau begonnen werden. Für eine dort benötigte eiserne Brücke ist eine solche bei Specktritz vorgesehen. Seit Verlegung unserer Bahn infolge des Talperrrenbaues stehen dort noch zwei Brücken unbenutzt über die Weißeritz. Man ist jetzt dabei, eine derselben abzubauen und nach dem Bahnkörper heraufzubringen, wo sie später verladen und an den neuen Standplatz gebracht werden wird.

Allenberg. In seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung hat der hiesige Stadtgemeinderat bei namentlicher Abstimmung einstimmig Herrn Bürgermeister Just in Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Allenberg und in Anbetracht seiner außerordentlichen Beliebtheit bei der Einwohnerschaft auf weitere 6 Jahre — das ist bis zum Jahre 1932 — wiedergewählt. (B. v. G.)

Rechenberg. Die Ruine, ein historisches Merkmal unserer Heimat, soll in nächster Zeit durch den Erzgebirgs-